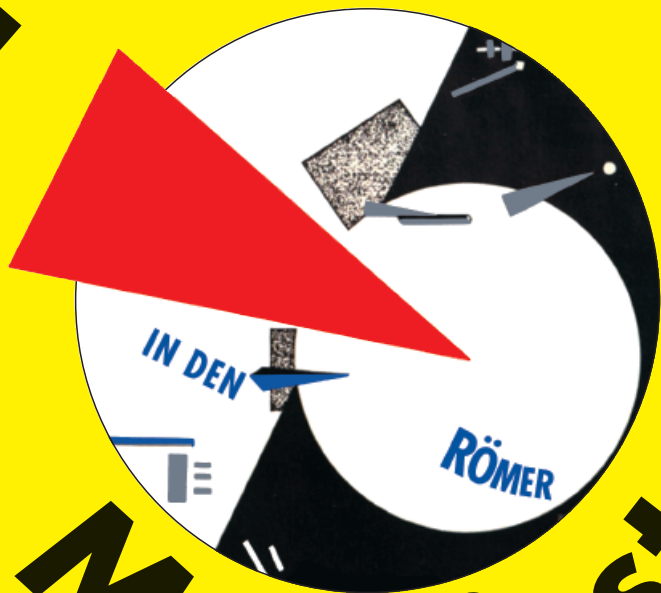


ÖkolinX-ART Liste 10



Manifest

zur Kommunalwahl in Frankfurt/Main am 27. März 2011
Wir wollen als Fraktion in den Römer!

Es gibt keine 5%-Hürde mehr!

ÖkoLinX-ARL in den Römer 2011

»Wir sind der Tritt in den Arsch der Herrschenden!«

Wir sind bei diesen Wahlen die einzige linke ökologische und soziale Opposition

Wir gehören zu denjenigen, die sich **nicht damit abfinden, dass »Parallelgesellschaften« in den oberen Etagen der Türme** des Kapitals über unser Leben entscheiden.

Wir wollen mit einer Fraktion von sechs Stadtverordneten in den Römer. Wir verstehen nur zu gut, warum bei der letzten Kommunalwahl nur 40,4 Prozent aller Wahlberechtigten zur Wahl gegangen sind. Parlamentarische Arbeit *ergänzt* unsere außerparlamentarische Opposition. Mit unserer Arbeit im Römer werden wir die Menschen unterstützen, die für ein besseres Leben für alle kämpfen. **Unser Ziel ist, dass Menschen selbst bestimmen können, wie sie leben und arbeiten.**

Typisch für Frankfurt ist, dass Armut, Ausgrenzung und Diskriminierung unter einem Schwall von »Unsalten-geht's-ja-so-gut«-Propaganda begraben werden. In den letzten zehn Jahren und durch die Weltwirtschaftskrise hat sich die Lage vieler Menschen verschlechtert. Aber auch das leugnet der CDU/Grüne-Magistrat.

Wir können auch das Gerede von der ach so karitativen elitären »Stadtgesellschaft« nicht mehr hören! Für die Krümel, die bei irgendwelchen steuerabzugsfähigen »Charity-Events« von den Tischen rieseln, sollen Arme und Verarmte demütig danken, anstatt dass die Vermögenden endlich mehr und höhere Steuern zahlen. Unter uns sind Menschen, die den nächsten Arztbesuch oder die Zahnreparatur aufschieben, weil sie nicht genug Geld haben. Die umziehen müssen, weil sie sich ihre Miete nicht mehr leisten können. Die ihren Kindern keine gute Ausbildung bezahlen können. Und die Zahl der armen Alten wächst und

wächst. Aber all das sieht man nur aus der Nähe.

Diese sozialen Zustände sind auch der früheren rot-grünen Bundesregierung (1998–2005) zu verdanken, die mit der **Agenda 2010**, den **Hartz-Gesetzen I–IV**, der Enthemmung der **Leiharbeit** und der Schaffung eines **Niedriglohnssektors** das Massenelend von heute und von morgen mitverschuldet. Konzerne und Banken hat die rot-grüne Bundesregierung hingegen auch in Frankfurt reich beschenkt: Steuern und Abgaben fürs Kapital gemindert oder gleich ganz gestrichen und seine Profite erhöht. Schwarz-Gelb hat dann an diese Politik angeknüpft. **Rot-Grün führte den härtesten Hieb gegen den nicht gerade üppig ausgestatteten Sozialstaat.** Dieser Schlag bedeutet auch den Niedergang der kommunalen Haushalte.

Was CDU/SPD/FDP/Grüne jetzt als »Aufschwung« preisen, bedeutet nur für eine Minderheit mehr Gewinn. Für viel mehr Menschen heißt es aber, dass sie in schlecht bezahlten oft zeitlich befristeten Niedriglohnjobs ihre psychische und physische Gesundheit riskieren. Frankfurt ist voller LeiharbeiterInnen, NiedriglohnjobberInnen, FreiberuflerInnen und KleinunternehmerInnen, die in Wirklichkeit ausgelagerte LohnarbeiterInnen an extrem unsicheren Arbeitsplätzen sind.

Nur soziale Gleichheit kann individuelle Freiheit und Verwirklichung für Alle herstellen, nur so genießen wir soziale Sicherheit. Das Law-and-Order-Geschrei des Innenministers, diverser Polizeifunktionäre sowie des Frankfurter Ordnungsdezernenten soll über-tönen, dass Menschen nicht durch mehr Überwachung, Repression und Videokameras »sicherer« leben, sondern durch die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung.

Wir brauchen **schöne, gesunde, ruhige, barrierefreie, bezahlbare Wohnungen** für große, kleine, alte, junge, behinderte und nicht behinderte Menschen, egal ob sie allein oder gemeinschaftlich wohnen wollen. Aber die Interessen des Kapitals bestimmen die Entwicklung der Stadtteile. Banken wie die *Europäische Zentralbank* im Ostend, Investmentfirmen und Konzerne wie die Pharmafirma *Merz* mit ihren Immobiliengeschäften im Nordend, das Europaviertel im Gallus oder die Pläne für den Campus Bockenheim verdrängen Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Viele Men-

schen müssen aus guten Wohnungen ausziehen, weil ein Stadtteil »aufgewertet« wird.

Scheinheilig zucken die etablierten RömerpolitikerInnen mit den Achseln, als ob diese Aufwertung (**»Gentrifizierung«**) Schicksal oder Naturgesetz ist. Aber *alle* Frankfurter Stadtregierungen haben z. B. erlaubt, dass Mietshäuser in Eigentumswohnungen umgewandelt werden: SPD/Grüne (1989–1997), CDU/SPD (1997–2001), CDU/SPD/Grüne/FDP (2001–2006) und auch der CDU/Grüne-Magistrat (2006–2011). Und **alle haben höhere Bauten genehmigt und Investoren die Grundstücke vergoldet und so einkommenschwache MieterInnen vertrieben.**

»Ökologisches« Bauen in Frankfurt meint oft nur Wohnungen für die gehobene Mittelschicht. Häufig werden schöne alte Steinfassaden zerstört und durch Imitationen aus Kunststoff ersetzt. Sogenannte ökologische Neubauten von Frankfurter Wohnungsbaugesellschaften sind Betonrohbauten, außen Chemieschutz, innen gleichfalls Chemieprodukte. Verpestete Raumluft ist garantiert. Frankfurter ökologisches Bauen schafft die Giftmüllberge von morgen. Das soll dem Klima helfen?

Gleichzeitig stürzt der soziale Wohnungsbau ab. Was nützen barrierefreie Wohnprojekte für das Alter, wenn sie nur für die gut betuchte schwarz-grüne Mittelschicht erschwinglich sind? Natürlich sind wir für **ökologisches Bauen**. Aber nur **mit sozialer Bindung** und wirklich gesundheitsverträglichen Stoffen.

Um Spekulation und Verdrängung wenigstens zurückzudrängen, müssen **Grund und Boden in Ballungsgebieten kommunalisiert** werden. Nur so kann innerhalb des Kapitalismus noch Einfluss genommen und dem Klassenkampf von oben entgegen gearbeitet werden. Die Wurzel des ganzen Übels ist eine Produktion, die Profitvermehrung und Bereicherung zum Motor der gesellschaftlichen Entwicklung macht und sich gegen menschliche Bedürfnisse richtet und die Natur zerstört.

Wir wollen eine **wirklich soziale und ökologische Verkehrspolitik**. CDU und Grüne prahlen mit jedem Meter Fahrradweg, den sie auf die Straße pinseln. Aber wie viele Menschen, die vielleicht nicht so fit sind, egal ob älter oder jünger, trauen sich wirklich täglich auf dem Fahrrad in den Berufsverkehr? Frankfurt ist unendlich weit entfernt von einer fahrradfreundlichen

Stadt, wie es andere Städte seit Jahrzehnten sind. Hier beherrscht das Auto den Verkehr, jagt Schwächere von der Straße, besetzt öffentlichen Raum, lärmt und verseucht die Luft. Das grüne Mäntelchen über der Frankfurter Verkehrspolitik ist sehr durchsichtig.


Einige von uns haben Ende 1988ff – erfolgreich! – dagegen gekämpft, dass der Frankfurter Hauptbahnhof unter die Erde gelegt wurde. Unsere GegnerInnen waren die Realo-Grünen und der damalige grüne Stadtkämmerer! 1985 haben einige von uns ein umfassendes, technisch und finanziell machbares Konzept für eine ökologische und soziale Verkehrspolitik erarbeitet. Es liegt also nie daran, dass es keine Alternativen gibt, sondern an den ökonomischen Interessen der Autokonzerne und mit ihnen verfilzten Banken und PolitikerInnen, die diese Alternativen verhindern! Die gehobene CDU/SPD/Grüne/FDP-Mittelschicht kann sich das Leben in verkehrsberuhigten begrünten Vierteln leisten, wer weniger Geld hat, darf an verseuchten, lärmumtosten, Einfallstraßen Feinstaub einatmen.

Wir wollen auch heute weder den geplanten Riederwaldtunnel noch die Autobahnswende durchs Nordend und durch Bornheim, weder die Mainbrücke für die Europäische Zentralbank von Offenbach und Sachsenhausen ins Ostend noch die Autoeinfallschneise durch das neue Europaviertel im Westen. **Egal ob Tunnel, Spange, Brücke oder Schneise: Alle saugen mehr Autos in die Stadt.** Und die bedröhnen unsere Nerven, vergiften unsere Körper mit Benzol, Feinstäuben und einem Bündel anderer Gifte. Auch Elektro-Autos fressen öffentlichen Raum, verletzen und töten Menschen, verschwendende Energie. Sie sind *kein* Fortschritt.

Wir wollen menschen- und umweltfreundliche, barrierefreie öffentliche Nahverkehrsmittel, Fahrrad- und Fußwegenetze. Wir wollen aus schnellen, leisen, bequemen Straßenbahnen, die Vorrang vor dem Autoverkehr haben, die Stadt sehen. Schluss mit den teuren Fehlinvestitionen in neue U-Bahn-Strecken, aber bessere und mehr S-Bahnen ins Umland. Und das Ganze zum Nulltarif. Dafür entfielen der Riesenaufwand für die Infrastruktur, z. B. Fahrscheinautomaten und Fahrscheinkontrolle. Und die ökologische und gesundheitliche Bilanz wäre positiv: ein großer Teil der 350 000 PendlerInnen, die jeden Tag in die Stadt einfallen, würden umsteigen.

Bitte wählt uns so:

**1. Das wäre uns am liebsten:
Vergebt *nur ein* Kreuz und gebt
das unserer Liste!**

<p>Wahlvorschlag 10 ÖkoLinX- Antirassistische Liste</p>	<p>ÖkoLinX-ARL</p> 
---	--

**2. Nur das Kreuz für die Liste zählt
als eine volle Stimme, 93/93 = 1.**

**3. Jedes Kreuz für eine/n KandidatIn
ist in Wirklichkeit nur ein Bruchteil
des Listenkreuzes wert, nämlich nur
1/93 [ein Dreiundneunzigstel] einer
Stimme!**

**4. Vergebt bitte keine Stimmen an
KandidatInnen anderer Listen, denn
diese Stimmen werden von den
Stimmen für unsere Liste abgezogen.**

5. Wer zwei Listen ankreuzt, wählt ungültig!

**6. Es gibt keine 5-Prozent-Hürde!
Wir kommen wieder in den Römer,
das ist klar. Aber ein Sitz genügt uns
nicht: Für eine lebendige, rebellische,
arbeitsfähige Fraktion brauchen wir
natürlich viele Stimmen. Deshalb
bitte *nur ein* Kreuz: für unsere Liste.
Nur Listenkreuze bringen uns als
Fraktion in den Römer.**

Auch die **Flughafenerweiterung lehnen wir ab**. Der Widerstand wurde mit der Verheißung eines Nachtflugverbotes gespalten. Das sollte von 22 bis 6 Uhr Mindeststandard sein. Wir wollen weder Kerosinluft, Lärmstress, Stadtwaldzerstörung noch Rüstungsexporte, Truppentransporte oder Abschiebungen (mehr als 3000 jährlich).

Zu den schönen Besonderheiten Frankfurts gehört, dass hier **Menschen aus aller Welt** leben. Etwa die Hälfte der Kinder in Frankfurt hat einen »Migrationshintergrund«. Auch sie brauchen den leichten, kostenlosen Zugang zu Lesestoff und nicht, wie es mit einem Teil von ihnen gemacht wird, die **racistische Abschiebung in Sonderschulen**. Die wollen wir **abschaffen**, weil sie für *alle* Kinder ein Ticket in die Perspektivlosigkeit ist. Die Stadt soll vorrangig in Schulen und Kitas investieren. Wir wollen die Stadt verpflichten, die kinder- und jugendfeindliche Politik der Landesregierung zurückzuweisen und auszugleichen.

Wir verachten AntisemitInnen und RassistInnen, egal ob sie in Vorstandsetagen sitzen, im Römer, in Behörden oder an Stammtischen. Wegen des internationalen geschäftlichen *Images* wird darauf geachtet, dass die Stadt nicht wegen Antisemitismus und Rassismus in die Schlagzeilen gerät. Aber unter der Oberfläche brodeln die Ressentiments. Viel zu selten wird öffentlich über inhumane Menschenbilder diskutiert. CDU/Grüne/FDP/SPD und Medien haben sich vor Jahren abgesprochen, die Existenz von Nazis im Römer zu tabuisieren. Das ist verantwortungslos, so wachsen die Probleme. Eine Folge ist, dass inzwischen drei rechtsextreme Gruppen im Römer sitzen, die **HasspredigerInnen** von den Freien Wählern und die Nazis von NPD und Reps, und die Gefahr besteht, dass es noch mehr werden.

Mit dem Umzug der Universität vom Campus Bockenheim zum Campus Westend wurde nicht nur das frühere Universitäts-Gelände zur Spekulation freigegeben. Die Gelegenheit wurde auch genutzt, um dem Kapital den Zugriff auf eine wichtige Ausbildungsstätte zu ermöglichen. Aus einer öffentliche Einrichtung wurde eine vom Stadtteil abgeschottete, allseits überwachte, **umzäunte private elitäre »Stiftungsuniversität«**. Die Wirtschaftswissenschaften werden privilegiert, die gesellschaftswis-

senschaftlichen Fächer und kritisches Denken verdrängt.

Wir wollen die Wiederherstellung demokratischer Öffentlichkeit und dass alle **Studierenden** und Angestellten gleichberechtigt an allen Entscheidungen beteiligt sind. Für die Masse der StudentInnen sind die Studienbedingungen schlechter geworden und das akademische Proletariat wächst dank des Schmalspurabschlusses namens Bachelor und weil nur ein Teil den höherwertigen Master-Abschluss machen darf. Auch hier sagen wir: **Sprengt die Fesseln! Wir stehen auf Eurer Seite.**

Es gibt keine einzige etablierte Fraktion im Römer, die sich den Interessen des Kapitals in Frankfurt nicht ganz oder teilweise unterwirft.

Die **CDU** sagt »Aufschwung«, aber für viele Menschen bedeutet das Armut. Sie redet von »Fortschritt« und meint Atomenergie und noch mehr Auto- und Flugverkehr, noch mehr Lärm und Gift. Sie redet von »Heimat« und liefert die Stadt Frankfurt großflächig den Banken aus. Als trüber reaktionärer Trost wird eine neue »Altstadt« gebastelt.

Die **FDP**, die Kampftruppe des brutalen kapitalistischen Marktes, angeführt von einem sicherheitsfanatischen Reserveoffizier können wir ohnehin vergessen.

Die **SPD** behauptet, sie sei für die »kleinen Leute« da und stimmt doch immer für Kapitalinteressen. Sie behauptet Politik für Kinder zu machen und hat doch zusammen mit den Grünen die Armut von Millionen Kinder durch die Agenda 2010 und Hartz IV erst ermöglicht. In den meisten Fragen ist die SPD völlig orientierungslos.

Für die **Grünen** hat Ökologie nichts mehr mit der sozialen Frage zu tun, im besten Fall liefern sie Umwelt-technokratisches, das niemals an die Wurzeln geht und langfristig wirkungslos ist. Sie interessieren sich z. B. seit Jahrzehnten nicht mehr für die gesundheitsschädlichen Arbeitsbedingungen von Menschen. Und die Laufzeit, auch des Atomkraftwerkes Biblis, hat die **SPD/Grüne**-Bundesregierung im Jahr 2000 verlängert, danach die **CDU** (2010). Die **SPD/Grüne**-Bundesregierung hat Anfang des neuen Jahrtausends mit der Axt auf den Sozialstaat eingeschlagen und Land und Stadt sozial tief gespalten. Diese Brutalisierung der sozialen Realität ist die Wurzel der Brutalisierung von Teilen der Besserverdienenden und der Mittelschicht.

Die Grünen haben den neokonservativen Rollback dieser Gesellschaft mitorganisiert und genauso handeln sie auch im Römer.

Da ist noch die reformistische *Linkspartei*, der **SPD** sehr ähnlich. Wo sie mitregieren darf, wie in Berlin und vormals in Mecklenburg-Vorpommern, aber vielerorts auch in der Opposition, stimmt sie für Privatisierung und den Verkauf von kommunalem Grund und Boden und ist bei sozialer Demontage ganz vorn dabei.

Ein Stadtparlament kann den Kapitalismus, diese menschenverachtende und naturvernichtende Produktionsweise, nicht abschaffen. Aber in keiner anderen Stadt konzentriert sich so viel Kapital in den Händen weniger auf so kleinem Terrain wie in Frankfurt. Es wird ein enormer Druck auf die KommunalpolitikerInnen ausgeübt, verpackt in Schmeicheleien, dekoriert mit Privilegien. Dafür sollen sie den Konzernen und Banken die Infrastruktur der Stadt noch weiter ausliefern: Grund und Boden, städtische Betriebe, Wallanlagen, Stadtwald, Versorgung mit Strom, Gas und Wasser, Brücken, Straßen, Plätze, Parkhäuser, Kultureinrichtungen.

Privatisiert wird, was Gewinne bringt, die Verluste zahlen wir alle.

Auch dagegen treten wir an. ■

• **Wir sind** zwischen 26 und 70 Jahren alt.

• Das **berufliche Spektrum unserer KandidatInnen** ist breit: Architektin, AutorInnen, Behindertenpädagogin, Druckvorlagenhersteller, Gastwirt, Grafiker, Jugendclubleiter, Familientherapeutin, Informatiker, Innenarchitekt, JournalistInnen, Masseur, medizinischer Bademeister, Krankenpfleger, Krankenschwestern, Laborantin, Musiker, PädagogInnen, Politologin, Psychologin, Rechtsanwalt, Regisseur, Rentner, Schreiner, Sekretärin, SoziologInnen, Sozialpädagogin, Stadtplanerin, StudentInnen, Tagesmutter, Übersetzerin, Unternehmerin.

• **Politisch aktiv** sind wir u. a. bei/als: Ökologische Linke, Antifa-Projekte, Anti-AKW-Bewegung, Anti-Gen-tech-Bewegung, BetriebsrätInnen, Vertrauensleute, IG Metall, ver.di, GEW, Naturfreunde, attac, Vereinigung Hessischer Strafverteidiger e.V. usw. ■



»Die Grünen sind ein Motor des neokonservativen Rollbacks.«

Jutta Ditfurth
Krieg, Atom, Armut.
Was sie reden, was sie tun:
Die Grünen.

288 S. 14,95 €

ISBN 978-3-86789-125-7

Neu. Ab sofort
in jeder Buchhandlung!

Wir sind keine Partei sondern eine kommunale WählerInnenvereinigung, die es nur in Frankfurt am Main gibt.

Wir haben unsere parlamentarische Arbeit in den letzten fünf Jahren weitgehend aus eigener Tasche und aus kleinen Spenden bezahlt. Auf »Anregung« der Grünen hat uns Schwarz-Grün 2001 den **Fraktionsstatus** aberkannt. Man muss sie verstehen: sie hatten Angst, dass wir die erste schwarz-grüne Koalition in Frankfurt zu genau beobachten.

Wenn wir im März 2011 mit mindestens drei Stadtverordneten in den Römer gewählt werden, kann uns der Fraktionsstatus nicht erneut verwehrt werden. Auch den Wahlkampf bezahlen wir aus eigener Tasche!

Deshalb bitten wir herzlich um Spenden, jeder Euro hilft.

Auf Wunsch schicken wir Ihnen/Euch eine Spendenquittung zu. Es sind 1.650 € mit 50 Prozent von der Steuer absetzbar, d. h. Ihr bekommt die Hälfte des gespendeten Betrages (bis zu 825 €) zurück.

Spendenkonto (steuerabzugsfähig):

ÖkolinX-ARL, Kto-Nr. 071 77 20 600
Postbank Frankfurt, BLZ 500 100 60

So erreicht Ihr uns:

ÖkolinX-Antirassistische Liste (ÖkoLinX-ARL)
Glauburgstr. 20, 60318 Frankfurt/Main
E-Mail: info@oekolinx-arl.de
Web: www.oekolinx-arl.de
Facebook: <http://www.facebook.com/pages/OekolinX-ARL-Kommunalwahlkampf-Frankfurt-2011/132212140178894>

KandidatInnen für den Ortsbeirat 3 (Nordend)

1	Jutta Ditfurth	Autorin, politische Aktivistin, Soziologin, ver.di
2	Manfred Zieran	Journalist, Anti- AKW-Bewegung, ver.di
3	Dorothea Becker	Architektin, Stadtplanerin
4	H.-Jürgen Borowsky	Rechtsanwalt, Vereinigung Hessischer Strafverteidiger e.V.
5	Andrea Capitain	Behinderten- pädagogin
6	Christoph Preuschoff	Grafik-Designer
7	Karima Arraki-Laalou	Tagesmutter
8	Micky Haque	Jugendclubleiter, Politologe
9	Tamara Schaaf	Laborantin
10	Jürgen Tauras	Grafiker
11	Regina Crecelius	Pädagogin
12	Philip Bollinger	Student
13	Brigitte Borowsky	Sekretärin
14	Hans Peter Dietz	Druckvorlagen- hersteller
15	Birgitt Gerke	Unternehmerin
16	Günter Schuler	Autor, Fachjournalist
17	Gerda Stößinger	Sozialpädagogin
18	Hans Crecelius	Rentner

KandidatInnen für den Römer

1	Jutta Ditfurth	Autorin, politische Aktivistin, Soziologin, ver.di
2	Manfred Zieran	Journalist, Anti- AKW-Bewegung, ver.di
3	Dorothea Becker	Architektin, Stadtplanerin
4	Otto Salmen	Informatiker, Betriebsrat, IG Metall
5	Andrea Capitain	Behinderten- pädagogin
6	H.-Jürgen Borowsky	Rechtsanwalt, Vereinigung Hessischer Strafverteidiger e.V.
7	Irmela Wiemann	Psychologin, Familientherapeutin
8	Christoph Preuschhoff	Grafik-Designer
9	Ute Reisner	Krankenschwester, Betriebsrätin, Vertrauensfrau öffentlicher Dienst
10	Micky Haque	Jugendclubleiter, Politologe
11	Nadia Sergan	Studentin, Grüne Hochschulgruppe
12	Jürgen Tauras	Grafiker
13	Karima Arraki-Laalou	Tagesmutter

14	Reinhold [»Kerni«] Kern	Angestellter
15	Tamara Schaaf	Laborantin
16	Jule Volz	Student
17	Regina Crecelius	Pädagogin
18	Rüdiger Hinske	Schreiner, Innen- architekt, Gastwirt
19	Brigitte Borowsky	Sekretärin
20	Oscar Capace	Masseur, medizini- scher Bademeister
21	Heidrun Werk-Bonengel	Krankenschwester
22	Klaus Gietinger	Regisseur, Initiative Frankfurt22
23	Anita Brudy	Diplompädagogin
24	Darko Sergievski	Student
25	Hella Lohmann	Übersetzerin
26	Michael [Henning] Harmßen	Musiker
27	Marion Domröse-Koch	Krankenschwester
28	Robin Mohan	Soziologe
29	Birgitt Gerke	Unternehmerin
30	Hans Peter Dietz	Druckvorlagen- hersteller
31	Gerda Stößinger	Sozialpädagogin
32	Philip Bollinger	Student
33	Günter Schuler	Autor, Fachjournalist
34	Siegfried Haas	Autor
35	Michael Brunk-Barthel [»Zillus«]	Krankenpfleger
36	Hans Crecelius	Rentner

Liste 10

ÖkoLinX-ARL



6 H.-Jürgen Borowsky
Rechtsanwalt



1 Jutta Diffurth
Autorin



2 Manfred Zieran
Journalist



5 Andrea Capitain
Behindertenpädagogin



4 Otto Salmen
Informatiker, Betriebsrat



3 Dorothea Becker
Architektin, Stadtplanerin

Manifest

zur Kommunalwahl in Frankfurt/Main 27. März 2011